

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschloß
Tageblatt Riesa
Pernitz 1287
Postfach Nr. 23

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats
zu Großenhain befähigte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa
und des Hauptzollamtes Meißen

Postfachkonto
Dresden 1580
Telefon:
Riesa Nr. 53

Nr. 156

Freitag, 7. Juli 1939, abends

92. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug Nr. 214 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (8 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gefaltete 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 30 mm breite, 3 gefaltete mm-Zeile im Textfeld 25 Pfg. (Grundgröße: Petit 3 mm hoch). Ziffergröße 27 Pfg., tabellarische Satz 50%, Kuffschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung einzelner Anzeigenerte oder Probeabgabe schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zahlungsverzug wird etwa schon bemittelter Nachlass hinsichtlich Erfüllung für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand in Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 58.

England kämpft bis zum letzten — Pfund!

Der Beschluß der englischen Minister, Exportgarantien an die Garantiestaaten zum Ankauf von Rüstungsmaterial in England zu geben — es handelt sich um solche in Höhe von 150 Millionen Pfund — ist der Schwammlosteit und Verworfenheit der britischen Einkreisungspolitik nun die Krone auf. Mit diesem Entschluß, der dem Parlament unterzählig als Gesetzesvorlage übergeben werden soll, ist aus der passiven Garantie jetzt eine militärische Gleichberechtigung geworden. Auch die meisten Staaten, die damals erklärten, sie könnten selbst nicht für die Garantien, sind jetzt als Aktivisten in die Einkreisungsfrente einbezogen worden. Um es deutlicher zu sagen: England wünscht auf diesem Wege mit dem Garantiestaaten nicht nur ein militärisches Übergewicht in Europa herzustellen, sondern der letzte John Bull wünscht eines Tages in dem Blut derer zu baden, die mit Hilfe der englischen Rüstungskredite in einen Krieg hineingekickt wurden sollen.

Die neue britische Aktion stellt für England ein Rüstungsgeheimnis dar, und die Angelegenheit hat ihre Vorgeschichte. Unter dem Deckmantel der Exportförderung wurden seit dem letzten Jahre an die Türkei noch und nach 75 Millionen Pfund Kredite gegeben. Sie sind längst verpulvert für die Rüstungsaufträge, die die britischen Agenten im gleichen Rhythmus in ihre Ordrebücher schreiben. Nun sollen auch Rumänien, Polen und Griechenland Geld erhalten, um sich in Aktion mit den harten Stählen des Krieges versehen zu können. Einhundertfünfzig Millionen Pfund, man bedenke, daß die Kosten durch den englischen Steuerzahler aufgebracht werden müssen, dem ohnedies schon bald die Bürde ausgeht. Da England in bisher noch jeden Krieg mit dem Schwenden Rumänien geführt hat, kann es uns als weiteres Beispiel für die britische Moral dienen, wenn England auch diesmal bis zum letzten — Pfund kämpft: Was aber heißt schon britische Moral? Wenn in Fernost ein Konflikt ausbricht, appelliert England an die Solidarität der weißen Rasse, wenn es aber um ein Geldstück geht, dann darf sich England wegen der weißen Rasse in Europa gegenüber über den Haufen setzen und zwar mit den Kanonen und Bomben, an denen sich die strunzelnden britischen Kräfte die Zähne gefüllt haben. 150 Millionen Pfund wird die Rüstungsindustrie Englands einstecken, eine Reihe von neuen Pulverfabriken wird damit in Europa aufgestellt, eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Reihe von kleinen Staaten, die ohne England ein sorgloses Dasein führen könnten, werden mit Geld auf immer in ein politisches Abhängigkeitsverhältnis gezwungen. Das ist der Vorgesmack der neuen britischen Aktion.

Das englische Ziel ist klar. Klar ist auch, was die Welt von den schönen Reden zu halten hat, die in den letzten Tagen von der britischen „Friedensliebe“ gehalten wurden. Ist es Dummheit oder Frechheit, wenn sich angesichts so schmutziger politischer Geschäfte noch britische Politiker hinsetzen und der Welt erzählen: „Kein Volk kann den Frieden schuldiger wünschen, als das englische!“ England schafft ja gerade erst die Voraussetzungen für ein Vorführen furchtbaren Ausmaßes. Wir haben den englischen Vorführen keine Pfunde entgegenzusetzen. Hätten wir sie, man würde sie auch ebenso bedenkenlos aus unserer Hand nehmen. Wir wollen das aber auch nicht, weil wir wissen, daß es nicht gut ist, allein mit Geld Staaten in eine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit hineinzuzwingen, die sie auf Jahrzehnte nicht wieder freiläßt. Wir sehen den rollenden Pfunden die Begriffe Mut, Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber, die in einem gebundenen Volk ewig bestehende Werte sind. Sachlage ist eine am Armerdeist zugrunde gegangen. England wird daran zugrunde gehen, wenn es sieht, daß man mit den Pfunden nicht die Herzen der gestützten Völker kaufen kann.

Einkreisungs-Kater?

Unsere kürzlich gemachte Andeutung, daß man in den Einkreisungszentralen über die Fragewürdigkeit eines neuen Moskauer-Paktes im allgemeinen und sowjetrussischen Militärbestandes im besonderen nachdenken zu werden beginnt, wird jetzt bestätigt durch Pariser Überlegungen über die entscheidende Frage: Lohnt sich ein allgemeiner europäischer Krieg zugunsten Polens? Damit wird also die bekannte Frage: „Sterben für Danzig?“ für einen wesentlichen größeren Komplex wiederholt und durch das bloße Aufwerfen dieser Frage und den darin enthaltenen Zweifel eigentlich im gewissen Sinne auch schon beantwortet. Als Ersatz für einen neuen Moskauer-Pakt denkt man sich in Paris irgendeine Dreimächte-Formel, ohne daß man einen Anhaltspunkt für eine Beteiligung Russlands an einer solchen Formel nennen kann. Da man nun aber gleichwohl das Bedürfnis empfindet, eine etwaige Schwächung in der bisherigen Haltung der Westmächte durch eine überwindbare Aktivität des Sinnes zu tarnen, als wenn ausgerechnet die Einkreiser für den Frieden tätig wären, so spielt man neuerdings mit dem Gedanken, die Vertreter Englands, Frankreichs und Polens zusammen oder einzeln bei der Danziger Regierung einen Schritt unternehmen zu lassen. Was man sich davon wirklich verspricht, darüber ist man sich wohl auch in Paris und London nicht klar.

Englands riesige Kriegsmateriallieferungen an die Balkanstaaten

Blutgeld bereits im voraus vergeben — Liste der beglückten Länder wird noch bekanntgegeben

London. Das von der Londoner Morgenpresse in großer Aufmachung angeführte neue „Garantiegesetz für Auslandskredite“ wurde bereits am Donnerstag abend veröffentlicht. Das Gesetz, das eine Erhöhung der Auslandskreditgarantien des Handelsministeriums von 10 Millionen Pfund auf 60 Millionen Pfund vorsieht, stellt einen weiteren typisch englischen „Beitrag“ zur Einkreisung dar und beweist, daß England immer noch an seinem im Laufe der Geschichte bewährten Grundfah festhält, andere Völker für sich bluten zu lassen.

Während in der amtlichen Begründung scheinbar erklärt wird, das Gesetz sei beschlossen worden, um den britischen Ausfuhrhandel anzuregen, und die Kredite „anderen Ländern gegeben werden sollten, die sich im Augenblick in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden“, gibt der parlamentarische Korrespondent von „Press Association“ offen zu, daß die Kreditermächtigung „in der Hauptsache für Lieferungen von Kriegsmaterial in Anspruch genommen werden“. Die neuen Garantien seien „aus politischen Gründen im nationalen Interesse“ gegeben worden, und die Verantwortung für sie trage allein das Handelsministerium, nicht der Ausschuss von Geschäftsleuten, der als Beratungsausschuss bei rein wirtschaftlichen Transaktionen mit hinzugezogen wird. Praktisch sei bereits die ganze Summe von 60 Millionen Pfund im voraus ziemlich vergeben, da die Verhandlungen aber noch nicht abgeschlossen seien, wüßte die Regierung im Augenblick die einzelnen Länder noch nicht zu nennen, denen Kredite gewährt worden seien. Die Kredite dürften eine Laufzeit von zwei bis vier und sogar von zehn bis fünfzehn Jahren haben. Infolgedessen werde auch die Höhe der Zinsen sich nach der Laufzeit der Kredite richten. Das neue Gesetz werde beschleunigt vom Unterhaus behandelt werden und solle noch Gesetzeskraft erlangen, ehe das Parlament in etwa einem Monat in die Ferien geht.

Schamlose Sprache der englischen Presse

„Die neuen Kredite sind Kriegsvorbereitungen“ — Die „Friedensfront“ enthält ihr wahres Gesicht — „News Chronicle“: „Englands Verbündete müssen Waffen kaufen!“

London. Die Londoner Morgenpresse begrüßt den Beschluß der britischen Regierung, die Einkreisungsfrente, die zugabenermaßen noch auf recht schwachen Füßen steht, mit Hilfe von „Exportkreditgarantien“ für Kriegsmateriallieferungen zusammenzuführen. Der rein politische Vorgesmack, der die Regierung zu diesem Beschluß veranlaßt hat, wird in den Kommentaren der Londoner Blätter, mit Ausnahme der sehr vorsichtigen „Times“, in keiner Weise verschleiert.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ erklärt, daß voraussichtlich Polen „den größten Nutzen“ (!)

Längere Aussprache Ribbentrop — Kloseitwanoff

Berlin. Gestern mittag fand im Auswärtigen Amt eine längere Aussprache zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und dem bulgarischen Ministerpräsidenten und Minister des Äußereren Kloseitwanoff statt.

Berlin. Zu Ehren des zum Staatsbesuch in Deutschland weilenden bulgarischen Ministerpräsidenten und Außenministers Kloseitwanoff, seiner Gattin und Tochter hatte der bulgarische Gesandte und Frau Kloseitwanoff zu einem Mittagessen geladen, an dem der Reichsminister des Auswärtigen und Frau von Ribbentrop und eine Anzahl deutscher und bulgarischer Gäste teilnahmen. Am Nachmittag empfing Ministerpräsident Kloseitwanoff die rund 500 Mitglieder zählende bulgarische Kolonne in Berlin.

„Traditionelle Beziehungen gegenseitiger Sympathie und Freundschaft“

Zu Ehren des bulgarischen Ministerpräsidenten und Ministers des Äußereren und Frau Kloseitwanoff gaben der Reichsminister des Auswärtigen und Frau von Ribbentrop am Donnerstag ein Abendessen im Hotel „Eplandade“.

Bei dem Empfang richtete der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop folgenden Trinkspruch an den bulgarischen Ministerpräsidenten:

Herr Ministerpräsident! Das deutsche Volk, in Erinnerung an die glorreiche Waffenbrüderlichkeit des Weltkriegs, weiß sich mit dem heldenmütigen bulgarischen Volk in aufrichtiger Freundschaft verbunden. Jahre der bitteren Prüfung und des schwierigen Wiederaufbaues, die unsere beiden Völker hinter sich haben, festigten die überlieferten engen Beziehungen. Auch im gegenwärtigen Leben für eine freie und friedliche Entwicklung stehen wir in Freundschaft und Vertrauen zueinander. Ihr letzter Besuch, Herr Ministerpräsident, ist uns ein sichtbarer Beweis dafür, daß Sie in der Vertiefung und in dem weiteren Ausbau unserer Freundschaftsverhältnisse ein natürliches Ziel Ihrer Politik erblicken. Wenn Ihre mannig-

aus diesem Plan ziehen werde; obwohl die Türkei und Rumänien bereits Kredite erhalten hätten, sei es nicht ausgeschlossen, daß auch diese beiden Länder weitere finanzielle Hilfe erhalten würden. Im Artikel des Blattes heißt es, der einzige Punkt, über den noch Zweifel bestehen könnten, sei die Frage, ob die Garantiermächtigung, auf lauge nicht gesehen, hoch genug angelegt worden sei. (!)

Der „Daily Telegraph“ vertupft die Finanzaktion der britischen Regierung ganz offen mit der Tatsache, daß alle Anstrengungen, bei den englisch-sowjetrussischen Verhandlungen eine zufriedenstellende Normel zu finden, bisher fehlgeschlagen seien. Die britische Diplomatie sei aber im zwischen nicht laut gewesen und habe „andere Mittel“ zur Verstärkung der „Friedensfront“ erlitten. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß die Aufrüstung Polens, der Türkei, Rumänien und Griechenlands für die Verteidigung Englands lebenswichtig sei. Je härter ihr Widerstand gegen die Aggression sei, umso größer sei die moralische und materielle Stärke der „Friedensfront“.

„Daily Herald“ erklärt, die „Friedensfront“ müsse ihre geplanten wirtschaftlichen Kräfte zur Förderung ihrer Ziele mobilisieren. Die geplanten Kreditgarantien seien das wirtschaftliche Gegenstück zu den politischen und militärischen Abmachungen.

„News Chronicle“ meint, wenn die „Friedensländer“ unverwundbar sein sollen, müßten Englands Verbündete Waffen kaufen. Kredite für Englands Verbündete seien ebenso notwendige Kriegsvorbereitungen (!) wie die Waffenproduktion und die Auffpeicherung von Lebensmitteln. Im übrigen bedauert das Blatt, daß man China nicht bedacht habe.

Paris macht London Vorwürfe

Paris. Im Zusammenhang mit der Lage in Danzig und mit dem deutsch-polnischen Streit derzeitigen einige Pariser Blätter mit ostentativem Erstaunen gegenüber dem britischen Freund, daß Chamberlain am abgelaufenen Donnerstag nicht die angekündigte Erklärung abgegeben habe. Es behaupte jedoch keine Klarheit, warum diese — von der Pariser Presse mit viel Lärm hinausposaunte — Erklärung ausbleibe und wann sie nun erfolgen würde.

Das rechtsstehende „Ordre“ spricht in diesem Zusammenhang von einem „Schwanken in London“ und fragt, ob dies eine neue Kapitulation anfündige? Es sei nicht nur ein Schwanken, sondern sogar ein gewisses Zurückweichen festzustellen! Ganz wie das Rechtsblatt bedauert die kommunistische „Humanité“, daß Chamberlain gefehlt nicht im Unterhaus gesprochen habe. Sein Stillschweigen rechtfertige alle Befürchtungen. Früher sei jedenfalls die angekündigte, im Londoner Auftrag erfolgende polnische Demarche in Danzig noch nicht erfolgt; auch sei die Note noch nicht überreicht worden.

fachen Pflichten als Ministerpräsident und Außenminister es Ihnen zu unserem Bedauern auch nicht erlauben, längere Zeit in unserem Lande zu verweilen, so hoffe ich doch, daß Sie bei Ihrem Aufenthalt ein lebendiges Bild des Aufbaues sowie des Arbeits- und Friedenswillens des deutschen Volkes erhalten. Das bulgarische Volk hat unter der weisen Führung seines Herrschers den gleichen Weg des Aufbaues zu einer glücklichen Zukunft eingeschlagen, einen Weg, auf dem es unsere wärmsten Wünsche begleitet.

Der königlich-bulgarische Ministerpräsident und Minister des Äußereren Kloseitwanoff antwortete in einer Ansprache u.a.:

Herr Reichsminister! Die zwischen unseren beiden Völkern seit jeder bestehenden traditionellen Beziehungen gegenseitiger Sympathien in Freundschaft wurden ganz besonders gestärkt durch die Waffenkameradschaft während des Weltkrieges, durch die Tage heldenhafter Taten sowie späterer bitterer Enttäuschungen und schwerer Prüfungen, die ein gleiches Schicksal unseren beiden Völkern verheißen hat.

In seinem Bestreben, nach dem Vorbilde Deutschlands die Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Bedingungen friedlicher Entwicklung zu schaffen, verfolgt Bulgarien mit Freude den Aufstieg des deutschen Volkes unter der weisen und weisbildenden Leitung des Führers und Bestreift seinen Glauben an die Zukunft.

Ganz besonders freue ich mich, betonen zu können, daß die Bemühungen meines Vaterlandes zum wirtschaftlichen Aufbau stets ein freundschaftliches Verständnis in Deutschland gefunden haben, woraus mir die Verpflichtung erwächst, Ihrer Exzellenz die Dankbarkeit des bulgarischen Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Empfang zu Ehren der bulgarischen Schriftleiter

Berlin. Zu Ehren der bulgarischen Schriftleiter, die sich anlässlich des Staatsbesuches des bulgarischen Ministerpräsidenten Kloseitwanoff unter Führung des